

# Halle-Zeitung

## Hallesche Neueste Nachrichten · Handelsblatt für Mittelddeutschland

Erscheint wochentlich am Donnerstag, am Sonntag als Feuilleton. Die Bezugs-Gebühre beträgt in Stadt und Land jährlich durch die Post bei freier Zustellung monatlich M. 30.00, in den Hauptpostorten abgesehen M. 35.00 monatlich. Die abgelaufenen Ausgaben-Mittelteil-Liste liefert im Ortsvertrieb M. 5.00, im auswärtigen Vertriebe M. 6.00, Restanten der Mittelteil-Liste M. 15.00 im Ortsvertrieb und M. 20.00 im auswärtigen Vertriebe. Anzeigen-Gebühr: zehn Uhr vormittags.

Verlags-Gesellschaft: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17, Fernsprecher-Bauernstraße. Gesamt-Nummern 1140 und 1142, Class-Besetzungsliste: Markt 24, Druck-Anstalt: „Coöperativ Halleische“, Druck-Veranstaltung: Bauernstraße, Druckerei: Köpcke & Co., Postfach-Nr. 22915, Verlags-Anstalt und Geschäftsstelle: Halle a. S., Große Brauhausstraße 17. Bezugs-Einstellungen sind nur bis zum 30. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

# Minister Fehr über die Ernährungslage.

Eingriffe in die Nahrungsmittelindustrie / Massenpreijungen für Bedürftige / Markenbrot ab 15. Oktober 75 Mark / Leichtes Anziehen des Dollars / Heute Schlussabstimmung in Paris.

## Die Lenerrungsmaßnahmen.

Dr. Fehrs Erklärungen.

Berlin, 30. August 1922.

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages gab der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Fehr in ausführlichen Darlegungen ein Bild unserer Ernährungslage. Da Deutschland auf Grund seiner eigenen Erzeugung nicht in stande ist, den ausreichenden Brotbedarf selbst zu decken, so müsse es das fehlende Getreide vom Ausland beziehen, was in der Preisgestaltung leider zu einer katastrophalen Entwertung geführt habe. Allerdings sei die Brotversorgung für die nächste Zeit gesichert, da bis zu einem bestimmten Termin die Reichsgetreidebestände die notwendige Menge in der Hand habe. Doch werde es sich bei dem Uebergang der deutschen Ernährung bedauerlicherweise nicht vermeiden lassen, daß ab 15. Oktober d. J. eine merkliche Erhöhung des Abgabepreises für den Reichsgetreide und damit auch des Brotpreises eintreten müsse. Zum Umlageverfahren übergehend, bemerkte der Minister, daß er jeder organisierten Opposition mit den spärlichen Mitteln entgegenzutreten werde. Andererseits müsse aus Billigheitsgründen und aus Gründen der Aufrechterhaltung der Produktivität der Umlagepreis auskömmlich festgesetzt werden. Nicht allein die Produktionskosten, sondern auch die Reproduktionskosten, die naturgemäß mit der allgemeinen Geldentwertung und Lenerrung Hand in Hand gehen, müßten berücksichtigt werden, sonst würde das Umlageverfahren zwangsläufig zu einer Einschränkung des Getreidebaues und damit schließlich zum wirtschaftlichen Zusammenbruch führen. Leider sei infolge der Ungunst der Witterung die diesjährige Ernte nicht befriedigend ausgefallen. Infolge dessen müsse mehr noch als bisher auf Sparsamkeit in Verbrauch und Umgang mit Getreide geachtet werden. Die Reichsregierung erwäge daher, die Verteilung von Getreide zu verbieten. Was die Kartoffelwirtschaft betreffe, so hieße sich hier ein ernstliches Bild dar. Aus allen Teilen Deutschlands sei berichtet worden, daß der Stand der Kartoffelfelder ein guter sei. Die Zudernahrung habe im Vorjahre in den mittleren Kreisen große Beunruhigungen hervorgerufen. Vorarbeiten für eine geregelte Verteilung im neuen Wirtschaftsjahr seien im Gange; insbesondere werde ermgogt, die Verteilung von Süßkartoffeln, Mören und Sauerkraut in auslandischem Zude zu verbieten. — Aber alle diese Maßnahmen werden leider

### kaun durchgreifende Erfolge

bringen, da Deutschland in der Weltwirtschaft das leidende Objekt und nicht das leitende Subjekt sei und das gleiche für die Ernährungswirtschaft im Rahmen der ganzen Volkswirtschaft gelte. Man müsse deshalb prüfen, inwieweit, wie bereits im Kriege, den Bedürftigen durch Massenpreijungen geholfen werden kann; ebenso seien die Rinderpreijungen auszubauen. Der Ernährungsminister habe Mittel hierfür angefordert.

Abg. Dufje (D. Vp.) hielt die Durchführung des Getreideumlagegesetzes fest, unter den völlig veränderten wirtschaftlichen und geldlichen Verhältnissen für untragbar für die Landwirtschaft. Er begründete diese Ansicht in eingehenden Beispielen aus der Praxis.

Abg. Dr. Moses (USP.) beleuchtete die ungeheuren Gefahren, die unsere Ernährung vom Standpunkt des Arztes aus bedrohen. Er nannte die Wirkungen der Unterernährung geradezu katastrophal.

Abg. Schiele (Dnnt.) wies darauf hin, daß ein Ernteausfall von wenigstens 30 Prozent bestesse.

Abg. Dr. Böhme (Dem.) führte aus, daß das Gesetz eine schonende Behandlung der kleineren Landwirtschaftsbetriebe vorsehe, auch der Betriebe von einem Umfang von mehr als 20 Morgen, und empfahl, die Großgrundbesitzer, die aus ihren großen Waldbeständen finanziell gelöst seien, bei der Umlage dem Gesetz entsprechend so stark wie möglich heranzuziehen, um beim zweiten und dritten Drittel der Umlage die Abgabepflicht der kleiner Betriebe mäßigen zu können. Kennesfalls werde man aber umhin können, den Umlagepreis zu erhöhen, damit die Umlage wenigstens teilweise bereitgestellt werden könne.

Abg. Tremmel (Z) hob den Zusammenbruch der sogenannten freien Wirtschaft beim Zude hervor. Die freie Wirtschaft habe hier eine Prinzipalzwangswirtschaft zur Folge gehabt, die viel schlimmer zu ertragen sei, als die öffentliche Zwangswirtschaft.

Nachdem die Diskussion sich noch einige Zeit hingezogen hatte, betonte Minister Fehr in seinem Schlusßwort, daß er die ganze Schwere unserer heutigen Ernährungslage voll erkannt habe und bemüht sei, soweit es im Bereich des Möglichen liege, die Situation durch geeignete Maßnahmen zu bessern. Bei dieser Gelegenheit erwähnte der Minister, daß auch die Verbotung von Dbit zu Vermittlungsmaßnahmen verboten und

gegen Schlemerei in der Weise aufgetreten werden solle, daß in öffentlichen Gaststätten die Verabreichung einer zweiten Fleischplatte an einen Gast unter Strafe gestellt werden soll. Alle diese Maßnahmen seien aber nur Nothelfer; entscheidend zur Linderung der Not sei der Wille der wirtschaftlichen Eliten, in diesen schweren Zeiten wirtschaftlich Schwache zu unterstützen.

### Der künftige Brotpreis.

Berlin, 30. August. Der Brotpreis dürfte, wie wir zu den Ausführungen des Reichsernährungsministers noch erfahren, mindestens um über das Doppelte erhöht werden, so daß ein Markenbrot 75 Mark und ein marktenloses Brot 135 Mark kosten würde.

### Neue Lenerrungsaktion der Beamten.

Berlin, 29. August. Heute vormittag sind die Spitzenorganisationen der Beamtenvereinigungen und der Gewerkschaften zum gemeinsamen, um über eine neue Aktion der Beamten und Staatsarbeiter zu beraten, da nach dem Kadeweise der Gewerkschaften durch den neuen Sturz der Mark auch die letzten vom Reiche gewährten Beihilfen wieder gegenstandslos geworden seien.

### Berstarfte Finanzkontrolle.

Paris, 30. August. (Eig. Drahtmeldung.) Die offizielle Beratung der Reparationskommission ist gestern fortgesetzt worden. Der Vertreter der Vereinigten Staaten hat an den Besprechungen einen regeren Anteil genommen als bisher. Es sind von ihm gewisse Vorschläge ausgegangen, die von den übrigen Mitgliedern der Reparationskommission bestritten wurden. Es scheint, daß eine äußerst strenge Finanzkontrolle Aussicht hat, von den alliierten Regierungen einstimmig angenommen zu werden, wenn damit gerechnet werden könnte, daß durch diese Kontrolle während einer längeren Zeitdauer, während welcher Deutschland ein Moratorium gewährt werden würde, die deutschen Finanzen lo gefestigt würden, daß auf regelmäßige Reparationszahlungen bestimmt gerechnet werden könnte. Trotz aller Dementis herrscht der Eindruck vor, daß die Lösung nach der Seite einer verstärkten Finanzkontrolle gefunden wird, in der auch Amerika ein hervorragender Platz eingenommen würde. Die Stimmung ist auf der ganzen Linie zuversichtlicher geworden. Laut International haben sich die Mitglieder der Reparationskommission darüber Rechenschaft abgelegt, daß ein neuer Marksturz um jeden Preis vermieden werden müsse, da die fortschreitende Preissteigerung in Deutschland zu sozialen Unruhen führen könnten.

### Keine Verpfändung der Reichsbankbestände.

Lond George droht mit Ententebruch.

Berlin, 30. August. (Eig. Drahtmeldung.) Wie wir hören, ist es auf deutscher Seite entschieden, daß bei den Reparationsverhandlungen weder eine Verpfändung von Schwachwerta noch eine Verpfändung des Reichsbankgoldes in Frage kommt. Der für morgen in Aussicht genommene Empfang der Reichstagsführer beim Reichskanzler dürfte, da die Entscheidung der Repto über das Moratorium erst am Donnerstag fallen soll, auf Freitag verschoben werden. Die Veröffentlichung der Maßnahmen, welche die Reichsregierung im Einvernehmen mit den Regierungen der Länder gegen die durch den Kurssturz der Mark entstandene Wirtschaftsknot befehlen hat, wird jedoch nicht verschoben werden, sondern recht unmittelbar bevor.

London, 30. August. (Eig. Drahtmeldung.) Wie der Korrespondent des New York Herald wissen will, sei Lord George entschlossen, im Falle einer Sonderaktion Frankreichs die Verpfändung Englands von der Entente zu verhandeln. England werde in diesem Falle die gleichen Grundzüge gegenüber dem Kontinent befolgen, wie Washington gegenüber Europa, d. h. alle vertriebenen Alliierten abdehnen.

### Die Kämpfe zwischen Griechen und Türken

sind an der neutralistischen Südront wieder aufgenommen worden und zwar durch eine sehr energische Offensive der Türken. Die kriegführenden Parteien haben alle die Orientfernen, die demnachst in Paris zusammentreffen soll, nicht abgewartet, um ihre Streitigkeiten zu entscheiden. Wobei nicht vergessen werden darf, daß die eigentlichen kriegführenden Parteien nicht Griechenland und die Türkei, sondern England und Frankreich sind, da England die Griechen, Frankreich die Türken stützt und mit Waffen versorgt.

### Heutiger Stand des Dollars 1548!

## Sichtblide.

Lieferungsverträge der Industrie. — Ueber-sichten. — Besondere Faltung der Gewerkschaften.

Der Dollar fällt. Die Stimmung an der Börse ist wieder zuversichtlicher geworden. Die Reparationskommission hat in Paris ihre Besprechungen über das deutsche Stundungs-geld offiziell aufgenommen. Vertreter Deutschlands sind dort eingetroffen, um gehört zu werden. Straburg hat Erklärungen veröffentlicht, die von erfreulichem Verhältnis für die Lage Deutschlands zeugen und als einziges Mittel, irgend etwas für die Siegerstaaten herauszuschlagen, eine Ruhepause empfehlen. Französische Preislisten über-bieten sich in optimistischen Betrachtungen. In Deutschland glauben umgelehrt die Zeitungen Anlaß zu Warnungen vor übertriebenem Optimismus zu haben. Sie haben recht. Wenn auch jetzt eine Einigung darüber wahrscheinlich sein mag, so ist doch noch nicht die mindeste Klarheit über die Bedingungen dieses etwaigen Zugeständnisses geschaffen. Und Herr Poincaré hat bereits den französischen Ministerat unmittelbar nach der Entscheidung der Reparationskommission zu einer Sitzung eingeladen, offensichtlich um nur ja keine Zeit zu versäumen, falls Frankreich über-stimmt werden sollte und sich dann keine Handlungsbreite sichern würde. Man sieht also, daß noch in der Schwebe ist. An einen Lichtblick von Paris her zu denken nicht eben glauben, bis die endgültige Entscheidung der Reparationskommission dies rechtfertigt. Heute ist es noch nicht so weit.

Aber in der inneren Entwicklung Deutschlands haben wir in den letzten Tagen ungewöhnliche Entscheidungen beobachten können, die wirklich erfreulicher Art sind, und die deshalb verdienen, besonders hervorgehoben zu werden. Der Vermittlungsvorschlag des Reichskanzlers, durch Lieferungsverträge zwischen dem Reich und den Verbänden der Holz- und Kohlenindustrie Garantien für ein Moratorium zu schaffen, beruht auf vorausgegangener Verständigung mit den beiden großen Industrietändern. Diese Verständigung ist neuerdings bei Einzelverhandlungen zwischen den vertragsschließenden Teilen verstärkt und vertieft worden. Es sind schwere und nicht unges-fährliche Aufgaben, die diese Verbände auf sich nehmen wollen. Das muß anerkannt werden. Es war nicht immer eine so sichtbare Opferwilligkeit bei der deutschen Industrie in den letzten Jahren vorhanden. Wir brauchen nur an das seinerzeit viel erörterte „Hilfswerk der deutschen Industrie“ zu erinnern, aus dem bekanntlich nichts geworden ist. Aber die äußerste Not des Vaterlandes hat offenbar jetzt einen Stimmungswandel und Stellungswandel bei der Industrie geschaffen. Es kann auch nicht fraglich sein, daß weitere große und harte Industrieverbände jetzt eben lo opferbereit sind, wie die Herren des Holzes und der Kohle. Das ist ein Licht-blick, den wir in unsere Sorgen um die bevorstehende Ent-scheidung der Reparationskommission nicht übersehen sollten. Er würde noch heller strahlen, wenn endlich auch die Land-wirtschaft in ihren beruflichen Organisationen der allge-meinen Notlage des Volkes mehr Rechnung tragen wollte. Ein anderer Lichtblick kommt aus dem Lager der deutschen Arbeiterchaft her. Daß die Bergarbeiter des Ruhrgebietes sich endlich zu einem Uebergang in die neue Abkommen verstanden haben, darf nicht unterschätzt werden. Es bedeutet nicht nur eine höchstwünschige Steigerung der Förderleistung und damit der künftigen Kohlenvorräte des Winters für Industrie und Hausstand, sondern es bezeugt auch ein er-staunliches Verständnis der Bergarbeiter für die Not des deutschen Wirtschaftslebens, das man um so mehr begreifen muß, als es bisher nur zu oft gefehlt hat.

Ebenso erfreulich ist die Haltung der Gewerkschaften in der gegenwärtigen Notzeit. Sie haben sich bekanntlich ohne Rücksicht auf ihre sonstigen parteipolitischen und gewerkschaftlichen Verschiedenheiten zusammengetan, um der Reichsregierung eine Reihe von Anregungen und Ratsschlügen zur Befähigung der gegenwärtigen Notlage zu unterbreiten. Wenn man auch bei weitem nicht alle billigen kann, so muß man doch den Ernst und die Besonnenheit anerkennen, die aus ihnen sprechen. Schon die einfache Tatsache, daß die „Erfassung der Sachwerte“, die in der gewerkschaftlichen Agitation leider eine so hervorragende Rolle spielt

